

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 51

Köln, den 19. Dezember 1930

31. Jahrg.

Die Rechnung stimmt nicht.

Preisabbau heißt die Lösung. Zur Wiederankurbelung der Wirtschaft gebrauchen wir eine nennenswerte Preissenkung, die als eine natürliche Folge der Wirtschaftskrise längst hätte eintreten und durchgeführt werden müssen. Der Widerstand der Interessentenkreise veranlaßte die Regierung, durch geeignete Maßnahmen nachzuhelfen, weil sie, nachdem sie durch ihre Erklärungen eine Lohnabbauspäthose im Unternehmerlager wachgerufen hatte, um den notwendigen Ausgleich besorgt war. Ob man sich die Wirkung der bekannten Redewendung von einer Anpassung der Löhne und Gehälter an die von der Regierung geplante Herabsetzung der Beamtengehälter so vorgestellt hat, wie sie eingetreten ist, bleibt fraglich und Amtsgeheimnis. Jedenfalls haben die Wirtschaft und die nicht beteiligten Volkskreise das von der Regierung gegebene Signal in äußerst rigoroser Weise ausgemünzt und verwertet. Der Schematismus, den man den Gewerkschaften bezüglich der Lohnpolitik seit Jahr und Tag zum Vorwurf machte, wird von der Wirtschaft heute mit umgekehrten Vorzeichen fleißig geübt. Nicht nur sogenannte „übersteigerte“ Löhne sollen abgebaut werden, sondern nach dem Willen der Arbeitgeber der Lohn schlechthin.

Daß man sich zuerst die Akkordverdienste hernahm, ist darum nicht verwunderlich, weil hier „Überverdienste“ am leichtesten zu konstruieren waren. Daß diese „Überverdienste“ durchweg Leistungslohn darstellten, erzielt wurden durch hervorragende Arbeitsintelligenz und entsprechend großen Kraftaufwand, stört die modernen Betriebswissenschaftler wenig. Mag ihr Geschrei nach Leistungslohn noch so laut sein, im Grunde genommen ist eine Verständigung darüber so gut wie ausgeschlossen, weil in Unternehmerkreisen unter Leistungslohn etwas ganz anders verstanden wird, wie seitens der Arbeiterschaft. Letztere erblickt im Leistungslohn die Entschädigung für die bessere, größere Leistung, der Unternehmer aber die Entlohnung nach eigenem Gutdünken, nach Willkür. Und weil der Leistungslohn mehr als der Tarifzeitlohn den konjunkturellen Schwankungen unterliegt, ist bereits, schon vor Eintritt der allgemeinen Lohnhege, eine Rückbildung, die 10 v. H. und mehr beträgt, eingetreten. Abgesehen davon ist darauf hinzuweisen, daß exorbitante Überverdienste im Holzgewerbe sowieso nicht üblich waren und Akkordspannen schon deshalb sich in erträglichen Grenzen hielten, weil durch den schnellen Wechsel des Publikumsgeschmackes immer neue Muster hergestellt und darum dauernd Neufestsetzungen von Akkordlöhnen vorgenommen wurden. Es ließe sich leicht eine ständig sinkende Tendenz des Lohnkostenanteils im Holzgewerbe nachweisen und es bedeutet für den Verkaufspreis kaum etwas, wenn der Stücklohn um Pfennige ermäßigt wird.

Das Verlangen der Unternehmer geht allgemein dahin, nicht nur die Akkordlöhne, sondern vor allem die Tariflöhne herunterzusetzen. Im Holzgewerbe verlangt man nicht weniger als 15 Prozent, die Schiedsprüche in anderen Industrien sehen eine Herabsetzung der Löhne um etwa 8 Prozent vor. Die hohe Reichsregierung hat, nachdem ihre programmatischen Bemerkungen über den Lohnabbau eine hemmungslose Abbauspäthose gezeitigt hatte, wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß der Zweck ihrer Maßnahmen nicht eine Herabsetzung des Lebensstandards der breiten Masse sei, sondern die Stärkung der Kaufkraft und darum der Reallohn der Arbeiterschaft erhalten bleiben müsse. Einer Lohnsenkung im Ausmaße von 1 Milliarde Reichsmark müsse mindestens eine Preissenkung von 2½ bis 3 Milliarden Reichsmark gegenüberstehen.

Ob der Wille der Regierung sich durchsetzen wird, bleibt abzu-

warten. Ob eine Preissenkung in diesem Ausmaße und in diesem Verhältnis zum Lohn Einkommen tatsächlich nachweisbar wird, ist zum mindesten heute noch eine Frage. Die sinkende Indeziffer der Lebenshaltungskosten ist nicht allein dafür beweiskräftig, sie unterliegt auch jahreszeitlichen Schwankungen. So geht mindestens ein Teil der bis jetzt nachgewiesenen Verminderung nicht allein auf Kosten der Preissenkungsmaßnahmen, sondern auf andere Ursachen zurück. Aber wir sind einverstanden mit dem von der Regierung verkündeten Ziel, das ein besseres Verhältnis der Löhne zu den Preisen erstrebt. Die bisherige Relation war für die Arbeiterschaft ungünstig und wurde mit Recht angegriffen. Mehr Preissenkung als Lohnsenkung ist darum notwendig. Deswegen helfen wir den Preisabbau fördern, und nur dieses Ziel kann im Hinblick auf die Lohnabbaubestrebungen verjünglicher stimmen. Augenblicklich ist aber eine viel größere Eile beim Lohnabbau bemerkbar, während andererseits Preissenkungen nur langsam und zögernd, wenn überhaupt, vor sich gehen. Interessierte „Gruppen und Grüppchen“ beweisen der erstaunt aufhorchenden Öffentlichkeit, daß gerade in diesem oder jenen Industriezweig oder Gewerbe schon seit mehr als Jahresfrist die Preissenkung vor sich gegangen und nicht weiter fortgesetzt werden könne. Man klagt und jammert über den „Käufestreich“, der den Ruin des Gewerbes, besonders des Handels, herbeiführen werde. Hier kann nicht untersucht werden, inwieweit solche Behauptungen richtig sind. Richtig ist aber, daß insbesondere der Handel stark überseht ist. Damit stehen die sogenannten handelsüblichen Kalkulationsspannen aber ohne Zweifel im Zusammenhang. Eine Überprüfung der Kalkulationsmethoden, nicht nur beim Handel, sondern auch bei der Produktion, wäre für die Öffentlichkeit zweifellos interessant und für die Verbraucher vorteilhaft. Solange man in Deutschland noch so ängstlich „Geschäftsgeheimnisse“ hütet, ist alles Klagen und Jammern der Wirtschaft mit aller Vorsicht aufzunehmen.

Der Belehrungsfeldzug der Interessenten gegen den Preisabbau könnte aber auch Erfolge zeitigen. Es wäre möglich, daß sich öffentliche Meinung und Regierung überzeugen ließen und letztere von der Durchführung geplanter Maßnahmen Abstand nähme. Man spricht bereits von solchen Absichten, z. B. bei Textilien. In dem Augenblick könnte natürlich von Lohnsenkungen keine Rede mehr sein, und die Regierung müßte mit mindestens der gleichen Energie, mit der sie bisher dem Lohnabbau das Wort geredet hat, die Stabilisierung bzw. Erhöhung der Löhne fördern.

Dieser Augenblick erscheint uns bereits jetzt schon bedenklich nahe gerückt. Es steht doch außer allem Zweifel, daß die Preissenkungsaktion bisher nicht den erwünschten und erhofften Erfolg hatte. Die Senkung der Indeziffer betrug von Oktober 1929 bis Oktober 1930 nach den Angaben von „Wirtschaft und Statistik“ 5,3 Prozent. Würde eine Lohnsenkung im Holzgewerbe nach dem Willen der Unternehmer Platz greifen, dann würde diese fast dreimal so groß sein als die Minderung der Indeziffer ausmacht. Selbst dann, wenn sich die Lohnsenkung im Rahmen der bisherigen Lohnschiedsprüche bewegen würde, überstiege sie die Preissenkung noch um einen sehr erheblichen Teil. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die bisherige Preissenkung nur für einen Teil des Lebensbedarfs eingetreten ist und für andere Teile desselben kaum eintreten wird. Wohnung, Steuern und Gebühren zeigen eher steigende Tendenz. Eifrig diskutiert man zur Zeit weder die Erhöhung der gemeindlichen Grundvermögenssteuer.

Wie sich Lohnsenkung und Preissenkung noch zueinander verhalten, schildert eine Zuschrift an die Kölnische Volkszeitung, die unter dem 18. November veröffentlicht wurde. Sie nimmt Bezug auf den Schiedspruch in der Berliner Metallindustrie und führt aus:

Der Tariflohn des Berliner Metallarbeiters betrug 1,12 plus 15. v. H. Akkordzuschlag = 1,30 RM jede Stunde. Der Monat mit 200 Arbeitsstunden = 2400 Jahresarbeitsstunden ergibt einen bisherigen Durchschnittsjahresverdienst von 3120 RM. Die dreiprozentige Lohnkürzung macht hierbei im Jahre 122 RM aus, die achtprozentige 276 RM. Wie sieht demgegenüber die Ersparnis bei Back- und Fleischwaren aus? Nach den Angaben des Statistischen Reichsamtes hat ein 4,2köpfiger Arbeiterhaushalt durchschnittlich 3325 RM wobei Verdienste von Ehefrau und erwerbstätigen Kindern zugerechnet sind, im Jahre zu verzehren. Ein solcher Haushalt verbraucht jährlich, wiederum nach den Angaben des Statistischen Reichsamtes, an Fleisch- und Wurstwaren 293 Pfund. Eine Ermäßigung des Pfundpreises um 5 Pfg ergäbe einen Betrag von 14,65 RM im Jahre. An Brot- und Backwaren werden 752,4 Pfund verbraucht. Die Preissenkung würde hier 12 RM ausmachen. Zusammen stellt sich dann eine Ersparnis von 26,65 RM heraus, gegenüber einer Lohnkürzung von 122 RM bzw. 276 RM. Das ist natürlich völlig unzulänglich, auch wenn man auf dem Standpunkt steht, daß die Arbeiterschaft einen vorübergehenden Kaufkraftausfall in Kauf nehmen müsse. Dabei ist die Relation Lohnkürzung — Preissenkung in Wirklichkeit noch viel ungünstiger, da für den

gesamten Verbrauch an Fleisch- und Wurstwaren und ebenso für Brot- und Backwaren eine Preissenkung angenommen wurde. Die Preissenkung ist aber nur für das Schweinefleisch und Roggenbrot vorgesehen. Legt man nach den Angaben des Deutschen einen Arbeiterhaushalt von 2500 RM Einkommen jährlich zugrunde, der mit drei bis vier Köpfen im Jahre nur 36 Pfund Schweinefleisch und 480 Pfund Roggenbrot verzehrt, so kommt man zu dem geringen Betrage von 1,80 RM bzw. 7,68 RM, mit denen natürlich niemand die bittere Forderung des Lohnabbaus verjagt werden kann. Auch die beabsichtigte Senkung des Berliner Milchpreises um 1 Rpf je Liter ändert das Bild nur ganz unwesentlich, da der Arbeiterhaushalt hierdurch bei einem Milchverbrauch von 395 Litern ganze 3,95 RM im Jahre sparen würde.

An Hand dieses Beispiels kann sich jeder einen Ders auf die Wirkung eines geplanten Lohnabbaues machen und feststellen, daß die Rechnung, die man aufmacht, nicht stimmt. Die Regierung hätte alle Ursache, diese Entwicklung zu beachten. Sie deckt sich absolut nicht mit den Erwartungen des Reichsarbeitsministers, der, wie oben bereits dargelegt, für Lohnsenkung und Preisabbau ein Verhältnis von 1:3 verlangt. Umgekehrt wird bis jetzt ein Schuh daraus. Wenn wir darum fordern, daß man vorab dem Preisabbau vor dem Lohnabbau den Vortritt lasse, dann ist dieses Verlangen allzu berechtigt. Und es ist erfüllbar, weil die Möglichkeit der Preissenkung noch bei einer Reihe von Bedarfsgegenständen durchaus vorhanden ist, ohne daß es einer Lohnsenkung bedarf.

Mißglückter Beweisversuch.

In der Lohnfrage weht zur Zeit ein scharfer Wind. Das Schlagwort von den übersteigerten Löhnen geht um. Auch im Holzgewerbe. Die Unternehmer behaupten, die Löhne der Holzarbeiter seien zu hoch, seien untragbar. In dieser Beziehung ist die Tonart schärfer geworden, seitdem die „Holzindustrie“, das Publikationsorgan des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes, mit der Zeitschrift „Die Holzbearbeitungsmaschine“ vereinigt wurde. Ob die Verschmelzung oder einige wackelige Redaktionsitze die Ursache dieser um Grade schärferen Tonart sind, konnte noch nicht ergründet werden. Möglich auch, daß die Forderung nach einem 15prozentigen Lohnabbau durch die Mode gewordene Meinung, nur Lohnsenkung könne die Wirtschaft retten, heraufbeschworen wurde. Hieb- und stichfeste Gründe für die Behauptung, daß die Holzarbeiterlöhne „übersteigert“ sind, hat man nicht. Man sucht sie zwar an allen Ecken und Enden, gerät aber bei der veruchten Beweisführung etwas stark in Verlegenheit. Daß solche „Beweise“ oft daneben gelingen, zeigt folgender Fall:

Am 2. November ds. Js. brachte „Die deutsche Arbeitgeberzeitung“ Ausführungen, die den Titel „Tariflicher Selbstmord“ trugen. Darin wird behauptet, daß die sächsische Stuhlindustrie im Bezirk Rabenau bei Dresden, die vor dem blühte und gedieh, zugrunde gehe. Nach den angestellten Untersuchungen sei schuld an dieser bevorstehenden Katastrophe die unsinnige Sozialpolitik, der die sächsische Stuhlindustrie zwangsweise unterworfen worden sei und natürlich in besonderem Maße die völlig verfehlte Lohnpolitik, die es erreicht hat, daß sowohl gegenüber dem nahen Ausland (Tschechoslowakei) wie auch gegenüber anderen deutschen Produktionsgebieten die sächsische Industrie nicht mehr leistungsfähig ist.

Dann werden Lohnvergleiche mit anderen Gebieten Deutschlands angesetzt, Lohnvergleiche auch mit der Vorkriegszeit, und festgestellt, daß die Arbeiter weit mehr verdienen als Tariflöhne, da sie ja in Akkord arbeiteten. Damit will man auch die Konkurrenzunfähigkeit gegenüber dem Ausland dartun und schreibt:

Was aber besonders schwer ins Gewicht fällt, ist die Tatsache, daß die ausländische Konkurrenz mit wesentlich niedrigeren Löhnen arbeitet. Es kann nachgewiesen werden, daß in der Tschechoslowakei Löhne gezahlt werden, die bis zu 30 Prozent unter den sächsischen liegen, dazu kommt noch, daß jenseits der Grenze wesentlich niedrigere soziale Abgaben und Steuern aufgelegt werden. Die Folge davon ist, daß sich die Erzeugnisse der ausländischen Industrie auf dem deutschen Markte breit machen und die sächsische Stuhlindustrie lahmgelegt haben. Fast alle neueren Cafés in Deutschland z. B. sind mit tschechischen Stühlen eingerichtet worden. In allen Warenhäusern und in den meisten Möbelwarenhäusern Deutschlands werden außerdeutsche Fabri-

kate angeboten. In den besten Mustern ist sogar England und Holland im Markte.

Was der sächsischen Industrie die Existenz und den beschäftigten Arbeitnehmern die Arbeitsstätte geraubt hat, ist ferner der große Unterschied, der innerhalb Deutschlands besteht. Hier hat eine geradezu irrsinnige Lohnpolitik inmerdeutsche Grenzen gezogen, die unüberwindbar sind. Im Durchschnitt liegt die Belastung der Produktion durch den übersteigerten sächsischen Lohn 20 bis 25 Prozent höher als in anderen deutschen Gebieten. Das ist ein ungeheurer Faktor in der ganzen Preisgestaltung, und die Folgen sehen wir deutlich: In den anderen deutschen Gebieten wird natürlich die Wirtschaftskrise auch empfunden, aber es reißt sich nicht ein Zusammenbruch an den anderen, die Betriebe sind nicht so wenig beschäftigt wie bei uns, und die Arbeiter längt nicht in demselben Maße arbeitslos wie in Sachsen. Wundert wir uns, daß unsere sächsische Industrie zugrunde geht? Wundert wir uns, daß in Sachsen die Arbeitslosigkeit noch höher ist als im übrigen Deutschland? Während sich in der Tschechoslowakei Fabriken bis zu 2000 Arbeiter in der Stuhlindustrie entwickeln konnten, liegt unsere gute Industrie am Boden. Und wenn dies so weiter fort geht, wird sie ganz und gar erliegen.

Hat hier wirklich die politische Lohnpolitik sozial gewirkt?

Dann folgt eine bewegliche Klage, daß weder Gewerkschaften noch Schlichtungsorgane Einsicht bewiesen und der sächsischen Stuhlindustrie Erleichterungen im Hinblick auf die Auslands konkurrenz gewährt hätten und so der Eindruck erweckt, daß lediglich die Sozialpolitik und die Löhne schuld an der schlechten Lage der sächsischen Stuhlindustrie seien.

Von da ab ist es nicht mehr weit zu Lohnabbauforderungen, die auch prompt eingetroffen sind. Nur ist die Frage, ob die Begründung der Arbeitgeber — Auslands konkurrenz usw. — hieb- und stichfest ist. Wäre sie das, dann müßten die Stuhlfabriken der Tschechoslowakei fett in der Arbeit sitzen und ständig steigende Beschäftigungszahlen aufweisen. Denn nach den Angaben der Arbeitgeber besteht dort die sozialpolitische Belastung in dem Ausmaße wie bei uns ja nicht, niedrigere Steuern werden dort erhoben, und die Löhne sind, gemessen an deutschen Verhältnissen, riesig niedrig. Also wären in der Tschechoslowakei alle Voraussetzungen, die die deutschen Arbeitgeber als notwendig für eine Wiederbelebung der Wirtschaft bezeichnen und die bei uns nur unter schweren Geburtswunden und gültiger Mitwirkung amtlicher Stellen geschaffen werden sollen, vorhanden. Der tschechischen Holzwirtschaft müßte es also glänzend gehen, wenn die Beweisführung der deutschen Arbeitgeber zutreffen sollte.

Aber nichts von dem ist jenseits der Grenze festzustellen. Abja-

mangel, Arbeitslosigkeit, Not und Elend ist drüben gerade so zu Hause wie im Lande der Sachsen und im ganzen Reich. Es ist um nichts besser als bei uns, wie aus folgender Meldung der Prager Zeitung „Bohemia“ vom 22. Oktober ersichtlich ist:

Beschäftigungslosigkeit der tschechoslowakischen Holzarbeiter.

Die Vereinigung der tschechoslowakischen Holzarbeiter mit dem Sitz in Prag hat dem Fürsorgeministerium ein Gesuch unterbreitet, daß mit Rücksicht auf die drückenden Verhältnisse für sämtliche Zwecke der Holzindustrie in der ganzen Republik die außerordentliche Beschäftigungslosigkeit laut Kap. 3 des Ges. 3. 74/1930 verkündet werde. Das Gesuch wird mit Daten über die Arbeitslosigkeit in der Holzindustrie während des letzten Jahres belegt. Die Arbeitslosigkeit in den Sägen, Tischlereien, Industrie für gebogene Möbel, Wagner- und Karosserie-Industrie nimmt immer größere Ausmaße an und dürfte in den bevorstehenden Wintermonaten ihren Höhepunkt erreichen. Die organisierten Arbeiter haben bereits die ordentlichen Organisationsunterstützungen sowie den staatlichen Beitrag laut Gesetz v. J. 1921 und dessen Er-

gänzung laut Ges. v. J. 1930 erschöpft. Mehr als 30 Prozent der Arbeiter haben Unterstützungen bezogen, und die Arbeitslosigkeit ist heute um 100 Prozent größer als im Vorjahr. Der Verband der tschechoslowakischen Holzarbeiter sieht daher keinen anderen Ausweg als die Verlautbarung der außerordentlichen Arbeitslosigkeit durch das Fürsorgeministerium.

Es ist nichts weiter als eine Irreführung der öffentlichen Meinung, wenn als die Gründe der deutschen Wirtschaftskrise immer nur die deutsche Sozialpolitik und die Lohnpolitik der Gewerkschaften verantwortlich gemacht werden. Um so weniger, als nach den Verlautbarungen, die dieser Tage durch die rheinische Presse gingen, die Möbelpreise nicht wesentlich oder überhaupt nicht über den Vorkriegspreisen liegen. Trotz der angeblich „übersteigerten“ Löhne!

Der für die Stuhlindustrie versuchte Beweis ist also glänzend mißglückt und die Arbeitgeber sollten, wenn sie schon sich in der Beweisführung versuchen, geschickter operieren oder aber die Finger davon lassen. Auf solche Weise können sie Lorbeeren nicht ernten.

Österreichs Wirtschaftsnot.

Seit Jahren ringt das österreichische Volk mit einer Wirtschaftskrise, die Arbeitslosigkeit hat eine katastrophale Höhe erreicht und ist zu einer wahren Geißel der Menschheit geworden. Während sie in früheren Jahren wenigstens in den Sommermonaten abnahm, war heuer ein Sinken der Arbeitslosenziffern kaum bemerkbar. Gewiß, die Arbeitslosigkeit ist eine Weltercheinung, die nicht nur unsere angrenzenden Länder erfaßt hat, auch Amerika, das bis vor gar nicht langer Zeit das Problem der Arbeitslosigkeit nicht kannte, zeigt eine ständig absteigende Konjunktur. Es ist aber klar, daß es unserem verarmten Krüppelstaate Österreich schwerer fällt, für das Heer der Arbeitslosen zu sorgen, als jenen Staaten, die vielfach noch von den Kriegsgewinnen zehren.

Seit Jahr und Tag sind Theoretiker und Praktiker an der Arbeit, die Krise zu überbrücken, das Ergebnis ist trotz aller Mühen eine Verschärfung der Krise und damit eine gewaltige Steigerung der Arbeitslosenziffern. Man wagt nicht auszuendenken, wohin diese Entwicklung führt.

Die Ursachen der Wirtschaftsnot können als geklärt und gekannt gelten. Die Folgen des Krieges, die Zerreißung sich gegenseitig ergänzender Wirtschaftseinheiten und die sich daraus ergebende Abspernung durch unübersteigbare Zollmauern, die einen Exportabsatz unmöglich macht, mußten große Störungen in der neuen österreichischen Wirtschaft bringen.

Eine weitere Ursache der Arbeitslosigkeit ist die in letzter Zeit mit Hochdruck durchgeführte Rationalisierung, die den Abbau tausender Arbeitswilliger zur Folge hatte. Die Arbeitslosigkeit ist ein Fluch der modernen Technik, ein Übel des Maschinenzeitalters, dessen Werden Tausende von Arbeitern mit ihrer Existenz bezahlen müssen. Jeder wird zwar die Notwendigkeit neuerzeitlicher Betriebsorganisation einsehen, die Art der Durchführung dieser Betriebsorganisation muß entschieden abgelehnt werden. Es muß auch der Arbeitnehmererschaft ein Mitbestimmungs- und Kontrollrecht eingeräumt werden.

Nach genauer Prüfung der Ursachen der Arbeitslosigkeit wird es notwendig sein, manches von Grund auf umzustellen, das erschreckende Ansteigen der Arbeitslosenziffern fordert gebieterisch und mit größter Beschleunigung durchgreifende Maßnahmen. Alle maßgebenden Faktoren, welchen das Schicksal des Staates und seiner Bevölkerung überantwortet ist, müssen ernstlich darangehen, die Wurzel des Elends bloßzulegen und einen Weg zur Gesundung zu finden. Freilich viele der Ursachen unserer Wirtschaftsnot, die in außenpolitische, handelspolitische und zollpolitische Zusammenhänge liegen, entziehen sich unserer unmittelbaren Einwirkung, um so zwingender ist jedoch das Gebot der Stunde, dort Wandel zu schaffen, wo es nicht außerhalb unserer Machtbefugnis liegt.

Die derzeitige Situation scheint den Unternehmern geeignet zu sein, einen Vorstoß gegen die mühselig errungenen Rechte der Arbeiter zu machen. Sie verweisen immer auf die wirtschaftslähmende soziale Belastung und verlangen Abbau der Sozialpolitik und fordern die schleunigste Erledigung der 24. Novelle zum Arbeitslosen-Versicherungsgesetz. Zu tausenden den Arbeitslosen keine Unterstützung geben, mag die Arbeitslosenziffern für die amtlichen Ausweise herabdrücken, wird aber keine Arbeit schaffen, es wird nur noch mehr verzweifelte Menschen geben. Wir sind uns

wohl klar darüber, daß diesem Elend nicht die Arbeitslosen-Unterstützung beizukommen vermag, sondern nur die Belebung des Wirtschaftslebens und Aufraffen zu Grundsätzen des Christentums und der Menschlichkeit. Leider läßt letzteres sehr zu wünschen übrig. Ohne jedes Bedenken wird oft ein Arbeiterabbau durchgeführt, der bei einigem guten Willen und Einschränkung der persönlichen Luxusbedürfnisse leicht hätte vermieden werden können.

Vorbedingung für eine Besserung der Wirtschaftslage ist eine Stärkung der Privatwirtschaft, Förderung des Inlands- und Exportabsatzes und eine gerechtere Steuerverteilung und Herabsetzung, da der derzeitige große Steuerdruck unsere Wirtschaft nicht hochkommen läßt. Am Stillstand im Gewerbe ist vor allem der Kapitalmangel schuld. Gegen die Verschleppung des Geldes ins Ausland und Zurückhaltung desselben sind deshalb entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Den notleidenden Gewerben ist durch billige Kredite, Bürgschaftsübernahme usw. Hilfe zu bringen. Durch gesetzliche Maßnahmen sollen Geldinstitute verpflichtet werden, den notleidenden Gewerben Geldmittel zu einem erträglichen Zinsfuß zur Verfügung zu stellen.

In unserem Gewerbe ist die Arbeitslosigkeit auch vielfach dem Umstände zuzuschreiben, daß fortwährend Berufsfremde im Bau- und Gewerbebeschäftigung finden wollen, darunter auch solche, die ohnedies in der Landwirtschaft Arbeit und Verdienst hätten oder auch solche, die einen Ruhegenuß beziehen. Diese Doppelverdiener müssen den Vorwurf hinnehmen, daß sie den Familien der Arbeitslosen das Brot vom Tisch wegnehmen. Neben diesen Doppelverdienern sind soweit als möglich auch Frauen und Jugendliche aus dem Erwerbsleben auszuschalten oder ihre Einstellung soweit als möglich einzuschränken. Hierher gehört auch die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit, wenn auch nur vorläufig für die Zeit der Krise, um die augenblicklich vorhandene Arbeit auf einen größeren Teil von Arbeitskräften zu verteilen. An Stelle der 48-Stunden-Woche sollte durch ein Gesetz eine wöchentliche Arbeitszeit von 40 oder 44 Stunden vorgeschrieben werden. Solange dies nicht geschieht, ist wenigstens jede Überstundenarbeit unbedingt zu vermeiden. Es ist zwar verständlich, daß Arbeiter, die vielleicht durch Monate vorher arbeitslos waren, jetzt durch Überarbeit etwas verdienen wollen. Angesichts der vielen Arbeitslosen ist dieses Vorgehen jedoch verwerflich.

Die Preisenkungen, die jetzt in Deutschland durchgeführt werden, stoßen in Österreich auf großen Widerstand. Auch ist der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, daß bei uns in Österreich die Sache mit einem Lohnabbau endet, der mehr ins Gewicht fällt als die Preisenkung.

Die Umschulungsversuche, die bis jetzt bei uns in Österreich gemacht wurden, haben nur eine geringe Besserung in manchen Berufen gebracht. Aussichtsreich ist die Sache nicht, da eben in den meisten Berufen eine Überfüllung herrscht.

Es wird auch der Vorschlag gemacht, die Altersgrenze für den Anfall der Altersrente auf 50 Jahre herunterzusetzen. Bei uns in Österreich ist dies ebenfalls nicht durchführbar, da erst die Altersfürsorgerente gegeben wird und eine wirkliche Altersversicherung für die Arbeiter nicht besteht. Die Sache könnte überhaupt nur dann Erfolg haben, wenn die Altersrente so hoch wäre, daß damit

die Rentner halbwegs ihr Auskommen finden, da sonst mit einem tatsächlichen Ausscheiden aus der beruflichen Tätigkeit nicht gerechnet werden kann.

Auch die Tätigkeit der Börsen sollte eingeschränkt oder unter staatliche Kontrolle gestellt werden. Differenz- und Termingeschäfte sollen verboten werden. Es müßte auch der Zinsfuß einer natürlichen Entwicklung angepaßt werden.

Ganz besonders muß aber Regierung und Parlament Maßnahmen zur Linderung der Not treffen durch Inangriffnahme von Notstandsarbeiten und rascheste Durchführung derselben. Die Regierung ist auch ernstlich entschlossen, hier Wandel zu schaffen. Eines der gewaltigsten Werke, das in Österreich je in Angriff genommen wurde, ist die Wohnbauförderungsaktion. Das Baugewerbe ist vor allen anderen Gewerben berufen, die zum Stillstand gekommene Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Gerade beim Wohnungsbau kommt die Bedeutung des Baugewerbes als Schlüsselgewerbe am deutlichsten zum Ausdruck. Wer Wohnungen baut, beschäftigt neben dem eigentlichen Baugewerbe einen Großteil des anderen Handwerks.

Alle diese Vorschläge können jedoch das gewünschte Resultat nicht bringen, wenn in den großen Massen, ganz besonders auch in Unternehmerkreisen, die Grundsätze des Christentums nicht mehr als bisher zur Geltung kommen. Rücksichtslosigkeit und Geldgier regieren heute, und die Menschheit wird wahrscheinlich erst dann zur Einsicht kommen, wenn die Katastrophe, deren Anzeichen bereits zutage treten, hereinbricht. Die Radikalisierung droht beängstigende Formen anzunehmen.

Noch ist es nicht zu spät, um unsere kranke Wirtschaft einem Gesundungsprozeß zuzuführen. Hier mitzuhelfen, ist der Mitarbeit aller wert, ganz besonders derjenigen, die in Staat und Wirtschaft die Machtmittel in der Hand haben. Die Not ist allzu groß, als daß sie noch übersehen werden könnte. Rascheste Maßnahmen zugunsten der Arbeitslosen tun not. Auch unsere Gewerkschaftsmittglieder müssen mehr Aktivität an den Tag legen, die allbewährte Störfkraft der Gewerkschaften muß den nötigen Antrieb geben, damit diese wichtigen Angelegenheiten unseres Berufes und Standes so erledigt werden, daß der Arbeiterschaft eine Besserstellung erwächst.

Verband christlicher Bau- und Holzarbeiter Österreichs.

Rundschau.

Weltübersicht der Arbeitskämpfe 1929. Das Oktoberheft der Internationalen Rundschau der Arbeit, herausgegeben vom Internationalen Arbeitsamt Zweigstelle Berlin, veröffentlicht eine Übersicht über die Arbeitskämpfe der Welt für das Jahr 1929. In den einleitenden Bemerkungen dieser Abhandlung wird betont, daß es sich um einen Versuch handelt, der noch gewisse Fehler enthalte, die auf die verschiedenartigen Methoden der Statistik in den verschiedenen Ländern zurückzuführen seien. Eine Beseitigung dieser Fehlerquellen ist anzustreben. Die für 36 Länder aufgeführten tabellarischen Zusammenstellungen lassen aber trotzdem interessante Vergleiche zu und wertvoll erscheinen diese, weil sie Einblicke in die sozialen Spannungen in den verschiedensten Ländern gestatten. Im nachfolgenden geben wir die Ergebnisse dieser Statistik für einige Länder wieder. Darnach verteilt sich die Zahl der Arbeitskämpfe, die Zahl der an den Kämpfen beteiligten Arbeiter und die Zahl der Ausfalltage in folgender Weise:

Land	Anzahl der Arbeitskämpfe	Beteiligte Arbeiter	Verlorene Arbeitstage
Deutschland	458	233 664	11 449 789
Vereinigte Staaten	903	230 463	9 975 213
England mit Nordirland und Freistaat Irland	473	537 033	8 381 397
Australien	254	92 527	4 671 795
Österreich	226	30 446	388 336
Belgien	168	49 236	799 117
Kanada	90	12 924	154 936
Niederlande	217	15 700	612 000
Schweiz	39	4 661	99 608
Norwegen	73	4 796	196 704

Bei dieser Aufstellung ist der in einzelnen Ländern statistisch erfaßte Unterschied, ob Streik oder Aussperrung, nicht hervorgehoben. Die Zahl der verlorenen Arbeitstage beruht auf Schätzung. Im allgemeinen wird diese Zahl nach der Zahl der beteiligten Arbeiter und der Dauer des Arbeitskampfes errechnet.

Es ist gewiß von Interesse, die Gesamtzahl der durch Arbeitskämpfe verlorenen Tage für die berichtenden Länder anzugeben. Vergleichszahlen sind erstmalig für 1926 vorhanden, während das Zahlenmaterial früherer Jahre sehr lückenhaft ist. Für 1927 und 1928 sind von 21 Industrieländern diese Zahlen vorhanden. Es betrug die Gesamtzahl der verlorenen Arbeitstage für diese 21 genannten Länder 1927 rund 60 Millionen Tage und ungefähr 100 Millionen Tage für 1928. Der Kampf um den Aufstieg der Arbeiterschaft erfordert, wie diese Zahlen beweisen, ganz enorme wirtschaftliche Opfer, die im Interesse unseres Aufstiegs aber nicht vergebens gebracht werden.

Einkommensminderung der Lohnempfänger. Lohnabbau ist nach der Meinung der Unternehmer das Mittel zur Ankurbelung der Wirtschaft. Überflüssig zu sagen, daß die Gewerkschaften anderer Meinung sind. In Wort und Schrift haben wir die irriige Meinung der Unternehmer nachgewiesen. Die aber können sich nicht genug darin tun, der Appetit wächst beim Essen. Ungehört ist darum die Forderung nach weiterem Lohnabbau, der bereits in fühlbarem Ausmaße die Arbeiterschaft betroffen hat. Etwa 10% des Lohn Einkommens sind bereits der Krise zum Opfer gefallen. Die mangelhafte deutsche Lohnstatistik erschwert allerdings den rechnerischen Nachweis. Die amtliche Statistik beschränkt sich nur auf Tarifsöhne und läßt die schon erfolgte Lohnsenkung nicht erkennen. Tarifsöhne sind aber nur untere Lohngrenze, die aber kein einwandfreies genaues Bild der Lohn Einkommen geben.

Unsere Behauptungen über einen schon durchgeführten Lohnabbau werden kürzlich vom Institut für Konjunkturforschung bestätigt. Das Institut kommt auf Grund der Ergebnisse der Statistik der Beitragszahlung zur Invaliden- und Angestelltenversicherung zu dem Schluß, daß im zweiten und dritten Vierteljahr dieses Jahres die Effektivdurchschnittseinkommen der Arbeiter und Angestellten nicht mehr die gleiche Höhe haben wie im Vorjahre. Aus der Verschiebung der Beiträge von den höheren Beitragsklassen zu den niedrigeren Beitragsklassen läßt sich z. B. für die Arbeiter schon eine Lohnherabsetzung um mindestens 3,5 v. H. im zweiten und dritten Vierteljahr gegenüber dem gleichen Vierteljahr des Vorjahres berechnen. In ausgesprochenen Industriegebieten, wie in Sachsen, Oberschlesien, im Ruhrgebiet betragen die so berechneten Lohnherabsetzungen 6 bis 8 v. H. und darüber. Stabil gehalten haben sich fast nur die Löhne in den landwirtschaftlichen Gebieten, wie Ostpreußen, Pommern, Schleswig-Holstein, wo der Lohn bereits so niedrig ist, daß kein Spielraum für den Lohnabbau vorhanden ist. In dieser Statistik kommt jedoch die volle Höhe des schon vollzogenen Lohnabbaues nicht zum Ausdruck, denn der Lohnabbau wird in dieser Statistik in jedem Einzelfalle nur sichtbar, wenn die Lohnverminderung so groß ist, daß der Arbeitgeber dadurch in eine niedrige Stufe der Beitragsklasse zur Invalidenversicherung versetzt werden muß.

Auch bei den Angestellten wird nach der Statistik der Beitragszahlung zur Angestelltenversicherung in den hauptsächlichsten Industriegebieten Deutschlands bereits ein Gehaltsabbau sichtbar. In einigen Gebieten geht dieser schon über 8 v. H. hinaus.

Es ist kaum anzunehmen, daß diese Nachweisung der amtlichen Statistik beruhigend oder mildernd auf die Unternehmerabsichten wirken wird. Lohnabbau als Parole übt auf diese Kreise eine außerordentliche suggestive Wirkung aus, und hinter ihr verbirgt sich die instinktmäßige Gegnerschaft gegen die Arbeiterschaft. Wie alles, so kann man aber auch hier den Bogen überspannen, und das bisherige Verhalten der Unternehmer ist gewiß nicht der Weg zum sozialen Frieden.

Die Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Berufsgruppen. Am 1. Oktober gab es im Reiche 3 078 000 Arbeitsuchende, von denen 3 026 000 arbeitslos waren. Unter den Arbeitsuchenden befinden sich natürlich viele, die noch eine Stellung haben, die sich aber verändern möchten. Andere sind als Kurz- oder Halbtagsarbeiter angestellt und möchten ganztägig beschäftigt werden. Die Zahl der Arbeitsuchenden hat sich im Laufe des September um 47 000 Menschen vermehrt, dagegen ist die Zahl derer, welche eine Unterstützung beziehen, gesunken. In der Bekleidungsindustrie ist eine etwas stärkere Beschäftigung zu verzeichnen, ebenso im Spinnstoffgewerbe. Hinzu kommt die starke Nachfrage der Landwirtschaft während der Zeit der Hackfruchtternte sowie die saisonmäßige Belegung in einigen Zweigen des Nahrungsmittelgewerbes. Diesem Mehr stehen aber gegenüber eine weitere Verschlechterung der Arbeitsgebung im Bergbau, in der Metallindustrie und im Holzbearbeitungsgewerbe. Die

Aufträge der Post und der Reichsbahn haben zwar bewirkt, daß eine Reihe von beabsichtigten Entlassungen nicht zur Durchführung gelangten, aber wesentliche Neueinstellungen konnten leider nicht erfolgen. Im Bergbau, im Hüttengewerbe und in der Metallverarbeitung überwiegen weiterhin die Entlassungen, ebenso in den Zement- und Ziegelfabriken. Besonders stark betroffen von der allgemeinen Arbeitslosigkeit sind Westfalen, Südwestdeutschland, das Rheinland und neuerdings auch Sachsen. Nach Angaben der 7485 Krankenkassen, der 55 Erjakassen samt den 3429 Zweigstellen, welche insgesamt über 21 694 000 Mitglieder verfügen (155 000 weniger als im September) und von denen 18 704 000 versicherungspflichtig, 2 990 000 aber freiwillige Mitglieder sind, werden zur Zeit in Deutschland als reine Arbeitnehmer 19 081 141 Menschen beschäftigt, wovon 11,7 Millionen Männer, 7,5 Millionen Frauen sind. Die Krankenkassen verzeichnen weiterhin 684 000 arbeitsunfähige Kranke, davon 44 000 Wöchnerinnen. Ein Überblick über die einzelnen Berufsgruppen ergibt nun folgendes Bild:

In der Eisen- und Metallverarbeitungsindustrie werden 863 000 Menschen beschäftigt, während gleichzeitig 274 000 Arbeitslosenunterstützung und 160 000 Krisenunterstützung beziehen. Das heißt also, daß ein Drittel der gelernten und ungelerten Arbeiter nicht beschäftigt werden kann. In anderen Industrien sieht es etwas besser aus. Von den 755 000 Bergleuten werden nur 685 000 beschäftigt, 70 000 gehen spazieren und 350 bezogen Krisenunterstützung. Die Textilindustrie kann noch 1 225 000 Angestellten Brot geben, aber 85 000 sind arbeitslos und 36 000 sind Krisenunterstützungsempfänger. Der chemischen Industrie geht es noch am besten, denn den 314 000 Arbeitern und Angestellten, welche Lohn beziehen, stehen nur 8900 Arbeitslose und 570 Leute gegenüber, welche in die Krisenunterstützung übernommen wurden. Von den 1 687 000 Bauarbeitern sind 1 535 000 noch beschäftigt, 150 000 gehen stempeln, 1406 sind Krisenunterstützungsempfänger. Selbst die Landarbeiter verzeichnen 35 000 Arbeitslose. Bei der Holzbearbeitungsindustrie haben wir 87 000 Arbeitslose, 48 000 Krisenunterstützte und 958 000 Beschäftigte. Selbst die Bekleidungsindustrie kann 121 000 Personen nicht einstellen, von denen 91 000 arbeitslos sind. Beschäftigt werden 1 430 000. Bei der Industrie der Steine und Erden stehen den noch arbeitenden 684 000 Personen 78 600 Arbeitslose gegenüber. Schlimm sieht es bei der Lederindustrie aus, denn dort arbeiten nur 165 000 Menschen, aber 19 000 gehen stempeln und 10 000 beziehen Krisenunterstützung. In der Papierindustrie sind noch 575 000 Personen beschäftigt, während 23 500 arbeitslos sind.

Wirken der Unfallverhütungsbild G. m. b. H. Über die Arbeiten der großen amtlichen und halbamtlichen Wohlfahrtsorganisationen und karitativen Verbände, die auf dem Gebiete der Hygiene und der Gesundheitsbelehrung arbeiten, weiß die Öffentlichkeit recht genau Bescheid. Mit Genugtuung verzeichnet man das rapide Absinken der Säuglingssterblichkeit, das Fallen der Tuberkulose-Todeszahlen, die Erhöhung des durchschnittlichen Lebensalters und andere Erfolge. Und laut werden die maßgebenden Personen und Organisationen gepriesen, die auf diesem Gebiete ihre Lebensarbeit sehen und ihre Erfolge erzielt haben.

Von der Öffentlichkeit unbeachtet, spielt sich aber noch ein anderer Kampf um unsere Volksgesundheit ab, der mindestens die gleiche Aufmerksamkeit finden sollte. Sind es doch schätzungsweise etwa 3 Millionen Deutsche, die alljährlich Unfälle erleiden. Allein bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften sind über 900 000 Unfälle im letzten Berichtsjahr gemeldet. 26 000 Unfalltodesfälle haben wir im Deutschen Reich zu beklagen, davon aber nur etwa der sechste Teil bei den berufsgenossenschaftlich versicherten gewerblichen Betrieben.

Diese für die meisten wohl überraschend geringe Verhältniszahl der tödlichen Unfälle in Fabriken und Betrieben müßte eigentlich die Aufmerksamkeit darauf lenken, woher es wohl kommt, daß in den doch als besonders gefährlich angesehenen Gewerbebetrieben so unverhältnismäßig wenig schwere Unfälle sich ereignen. Der Wissende wird sofort den richtigen Schluß ziehen: Die Unfallverhütungsarbeit der Berufsgenossenschaften hat es zu verhindern gewußt, daß mit der Intensivierung und Mechanisierung unseres gesamten Lebens- und Arbeitsablaufes auch die Unfallzahlen im Arbeitsleben entsprechend stiegen!

Die gemeinnützige Unfallverhütungsbild G. m. b. H. beim Verbande der Deutschen Berufsgenossenschaften übergibt soeben der Öffentlichkeit zwei neue Nachträge ihres „Verzeichnisses von Unfall-

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Der 51. Wochenbeitrag ist für die Zeit vom 14. bis 20. Dezember 1930 fällig.

Regelmäßige Teilzahlungen an die Hauptkasse zu senden sind die Kassierer der Zahlstellen und Ortsgruppen verpflichtet.

Verlorene Bücher.

Nr. 294 251, Hans Bamerl; Nr. 262 709, Eduard Wolf; Nr. 332 913, Rudolf Reuß; Nr. 223 611, Stefan Dudriak; Nr. 203 072, Gustav Wartewig; Nr. 189 479, Franz Denzel; Nr. 319 915, Peter Laumen; Nr. 258 143, Fritz Förster.

Diese Bücher sind für ungültig erklärt.

Taschenbuch 1931.

Der große Erfolg unseres Verbandstaschenbuches und jetzt schon vorliegende reichliche Bestellungen für das kommende Jahr veranlassen die demnächstige Herausgabe des Taschenbuches für 1931. Die Ausstattung in der bisherigen Form und der für das praktische Leben wertvolle Inhalt versprechen auch diesmal eine große Nachfrage. Eine der Zeit entsprechende Preisermäßigung soll jedem Verbandsmitglied die Anschaffung ermöglichen.

Das Taschenbuch 1931 kostet nur 0,50 RM.

Umfangreiche Nachbestellungen konnten bei der letzten Ausgabe nicht befriedigt werden. Rasch ist daher, Bestellungen auf das Taschenbuch 1931 schon jetzt aufzugeben, damit eine etwa notwendige Erweiterung der Auflage ohne Schwierigkeiten erfolgen kann. Erwünscht sind Sammelbestellungen wegen der Versandkosten.

verhütungsbildern“ und gibt damit am einfachsten und wirkungsvollsten Rechenschaft über die gewaltige Arbeit, die bei ihr geleistet wurde. Diese Unfallverhütungspakete, deren packender und zum Teil erschütternder Eindruck auf jeden Beschauer von zuverlässiger Wirkbarkeit ist, rütteln die im alltäglichen Gleichmaß des Arbeitslebens abgestumpften und gleichgültig gewordenen Arbeiter und Angestellten durch ständigen Wechsel immer wieder auf, an die sie umlauernenden Unfallgefahren zu denken und für ihre Vermeidung Sorge zu tragen.

Ein ungefähres Bild von den Erfolgen der Unfallverhütungsbild G. m. b. H. kann man sich machen, wenn man erfährt, daß in einem Jahr etwa 1,5 Millionen derartige Plakate verteilt wurden. In den letzten Jahren sind insgesamt 6,3 Millionen Unfallverhütungsbilder umgesetzt worden. Außer den Fabriken würden aber auch die Fach- und Berufsschulen mit über 500 000 Unfallverhütungsbildern beliefert. Ferner werden die Unfallverhütungsbilder als Diapositive zu Vorträgen verwertet. Man benützt sie als Aufdrucke auf Lohnzügen, wodurch allwöchentlich bei Millionen immer neue Hinweise auf die Notwendigkeit des unsicheren Arbeitens erreicht werden.

Neben den Unfallverhütungsbildern gab die Gesellschaft noch Unfallverhütungskalender (im letzten Berichtsjahr 3,3 Millionen Stück), die Broschüre „Augen auf! Das Büchlein zur Unfallverhütung für jung und alt“ (3,7 Millionen Stück) und eine Broschüre „Landwirtschaftliche Unfallverhütung“ (0,8 Millionen Stück) heraus. Bemerkenswert ist fernerhin die Zusammenarbeit mit allen Stellen des Auslandes, die auf dem Gebiet der Unfallverhütung arbeiten.

Trotz dieser äußerst erfreulichen Erfolge sind immer noch weite Kreise von Arbeitgeber und Arbeitnehmer neu zu erfassen und für die Unfallverhütungspropaganda erst zu gewinnen. Auch Behörden, Schulen, Verbände, Vereine und nicht zuletzt Familien sollten mehr als bisher der Unfallverhütungsarbeit der Berufsgenossenschaften ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Handelt es sich doch letzten Endes nicht nur um Leben und Gesundheit jedes einzelnen, der ja heutzutage immerfort von Unfallgefahren bedroht ist, sondern darüber hinaus um wichtige volkswirtschaftliche Belange der Allgemeinheit. Denn jeder Unfall bedeutet Verluste an Arbeitszeit und Arbeitskraft, ganz abgesehen von den meist gleichzeitig damit ver-

bindenen materiellen Schäden. Die Summe der Millionen Unfälle ergibt im Haushalt unseres Volksganzen unberechenbare Milliardenzahlen an Schäden, die zu verhüten und zu vermeiden Pflicht der Selbsterhaltung ist.

Deutsche Wirtschaft im Urteil Amerikas. Im Rahmen der Vortragsreihe „Im Kampf gegen die Krise“ sprach am 26. November auf der Deutschen Welle der Präsident der amerikanischen Handelskammer in Deutschland, Frederick W. King, über „Die deutsche Wirtschaft im Urteile des Auslandes“. Er führte etwa folgendes aus: Was Deutschland in den letzten 12 Jahren geschaffen hat, hat die uneingeschränkte Bewunderung der Amerikaner erregt, die ihre Kapitalien nicht in Fabriken in Deutschland und in Anleihen für Deutschland anlegen würden, wenn sie nicht von Deutschlands Zukunft überzeugt wären. Führende Wirtschaftler Amerikas sind überzeugt, daß sich Amerika im eigenen Interesse der Lösung des Problems der Reparationen und Kriegsschulden und damit der Weltwirtschaftskrise hingeben müssen. Im Hinblick auf Deutschland findet der Amerikaner, daß die Warenpreise für den Innenmarkt häufig über dem Ausfuhrpreis liegen, und daß die Spanne zwischen den Erzeugerpreisen und den Kleinhandelspreisen weit größer ist als in Amerika. Der Weg vom Erzeuger zum Konsumenten ist zu kostspielig. Bezüglich der vermeintlichen Überproduktion scheint, daß der deutsche Innenmarkt von der eigenen Wirtschaft vernachlässigt und den Auslandsmärkten als der Quelle allen Reichtums zu großer Wert beigelegt wird. Ausfuhrmöglichkeiten sind für die deutsche Wirtschaft Lebensbedürfnis, aber von einer Sättigung des deutschen Marktes kann wohl nicht die Rede sein. Die Warenpreise müssen gesenkt, der Weg vom Erzeuger zum Konsumenten geebnet werden, und wenn dann die Preise sich mehr dem Weltniveau nähern, so wird auch die Kaufkraft da sein, um das Geschäft und die Produktion lohrend zu gestalten. Mit Rücksicht auf die zunehmende Anhäufung von Kapital und Gold in den Vereinigten Staaten, die dafür keine entsprechende Verwendung haben, ist es notwendig, überflüssiges Kapital im Ausland anzulegen. Es liegt auf der Hand, daß Deutschland, dessen Anlagensicherheit in Amerika mit 100 Prozent angesehen wird, ein Betätigungsgebiet ersten Ranges darstellt.

So sagt man — so meint man. Der Lohnabbau, der leider in letzter Zeit schon sehr wirksam geworden ist, wurde immer damit begründet, daß er eine wesentliche Voraussetzung für einen allgemeinen Preisabbau sei, der notwendig ist, um die deutsche Wirtschaft auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu machen, die organisierte Arbeiterschaft hat diesem Argument noch nie so richtigen Geschmack abgewinnen können. Sie wußte und weiß nur zu gut, daß der Lohnabbau, gleich unter welcher Parole er erfolgt, letztlich doch etwas

anderes bezweckt, nämlich eine Gewinnsteigerung der Unternehmer. Der Lohnabbau ist gekommen und im weiteren Vormarsch; vom Preisabbau ist noch wenig zu merken. Der Preisabbau wird auch nicht kommen, solange man sich scheut, die Preise durch Zwangsmaßnahmen den herabgesetzten Löhnen anzugleichen. Etwas anderes kann nur glauben, wer sich durch schöne Redensarten besessen machen läßt. Es ist doch tatsächlich so, daß der Lohnabbau Selbstzweck und nicht Mittel zum Zweck des Preisabbaues sein soll, wie man oft glauben machen will. Ununterbrochen hat man der Arbeiterschaft gepredigt: Seht doch ein, daß eine Lohnsenkung euch nicht schadet, denn es sollen ja auch die Preise gesenkt werden, so daß letzten Endes euer Reallohn doch der gleiche bleibt. Nachdem nun die Löhne jetzt stark gesenkt sind, bekommt man auf einmal anderes zu hören. Es zeigt sich immer mehr, was man in Unternehmerkreisen tatsächlich vom Lohnabbau erwartet. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“, die ja besonders gern auf Gimpelfang ausgeht, schreibt in Nr. 276 zum Lohn- und Preisabbau u. a. folgendes:

So anerkennenswert es ist, daß die Regierung den öffentlich bewirtschafteten Kostenfaktor „Lohn“ für eine Anpassung an den Rücklauf der Wirtschaft freigibt, so wenig ist es wirtschaftlich zu rechtfertigen, wenn sie glaubt, durch eigene Initiative und mit Unterstützung der Gewerkschaften unter Anwendung rein mechanischer Maßnahmen für die notwendigen Lohnsenkungen sofort Preiskompensationen in einem solchen Maße schaffen zu können, daß die Lohnsenkungen damit ganz in ihrer Wirkung hinsichtlich der Kaufkraft aufgehoben werden. Soweit die Regierung eine vollkommene Korrelation zwischen Lohn- und Preisenkung anstrebt, wird sie zwar das Ziel, unseren Export zu erleichtern, erreichen können. Aber das zweite, noch wichtigere Ziel, eine Entlastung der Wirtschaft herbeizuführen, wird dadurch nicht erreicht.

Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ verlangt also ganz eindeutig, daß Lohnsenkungen nicht wieder durch Preisenkungen ausgeglichen werden dürfen, denn dadurch, meint sie, wird ja der Hauptzweck des Lohnabbaues wieder illusorisch gemacht. Unter diesem Hauptzweck versteht sie eigentümlicherweise nicht wie früher vielfach die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt, sondern eine „Entlastung der Wirtschaft“. Sie mißt dem Ersteren gegenüber dem Letzteren sozusagen nur nebensächliche Bedeutung zu. Aber alles geht ihr die „Entlastung der Wirtschaft“. Entlastung sagt sie, Gewinnsteigerung meint sie. Anscheinend hält man jetzt den Zeitpunkt für gekommen, den durch die Lohnsenkungen erzielten Gewinn zu realisieren. Dieses Geständnis der „Bergwerks-Zeitung“ kommt für Leute mit offenen Augen und gesundem Menschenverstand nicht überraschend. Aber geeignet müßte es sein, der Öffentlichkeit und den führenden Männern zu zeigen, daß ein Lohnabbau immer die Arbeiterschaft einseitig belasten wird, solange man nicht einen stärkeren Druck auf die Preise ausübt. Freiwillig wird man sie nicht senken.

Sachtechnisches.

Über Sperrholz als Halbfabrikat

Die Leiter der Berliner Forschungs- und Beratungsstelle für Sperrholz, Dipl.-Ing. A. Herrmann, am 2. d. M. im Haus der Technik zu Essen vor einer zahlreichen Zuhörerschaft einen sehr instruktiven Vortrag. Er wies einleitend darauf hin, daß das Holz auf vielen Gebieten heute die Konkurrenz des Eisens und anderer Metalle erfährt, daß umgekehrt aber auch das Holz, insbesondere in der Form von Sperrholz, sich Verwendungsgebiete erobert, die bisher dem Metall vorbehalten waren. So beispielsweise im Flugzeugbau, wo leichtes Gewicht, und in der Fabrikation elektrischer Wärmegeräte, wo schlechte Leitfähigkeit sich als die Holzverwendung begünstigende Faktoren erweisen. Auch wird Sperrholz für vielerlei Zwecke verwendet, bei denen gewöhnliches Schnittholz den Anforderungen nicht genügt.

Die neuzeitlichen Methoden der Sperrholzerzeugung wurden an Hand zahlreicher Lichtbilder demonstriert, wobei sowohl die sog. Tischlerplatte wie die Furnierplatte zu ihrem Rechte kamen. Manches Lehrreiche und Ausbringende konnte man den Ausführungen über Fehler und Mängel des Sperrholzes entnehmen. Wenn Platten sich verziehen oder die gefürchteten Wellen in Erscheinung treten, so ist meist ungenügende Trocknung der Blindhölzer und Furniere die

Ursache. In den deutschen Sperrholzwerken wird die Materialtrocknung so gründlich und mit so vollendeten Hilfsmitteln vorgenommen, daß auftretende Mängel nur äußerst selten auf Fehler im Fabrikationsprozeß zurückzuführen sind. Öfter schon kommt es vor, daß man der fertigen Platte nicht genügend Zeit zum Trocknen und daß man ihr im Lager des Händlers und in der Werkstatt des Verbrauchers nicht diejenige Sorgfalt der Behandlung zukommen läßt, deren sie bedarf. Es wird gedankenlos übersehen, daß auch die Sperrholzplatte noch Holz ist, daß auch sie genau wie gewöhnliches Schnittholz Feuchtigkeit aus der umgebenden Luft ansaugt, wozu sie auf dem Wege zur Verbrauchsstelle und in ungeheizten Lagern reichliche Gelegenheit hat. Wer Sperrholzplatten in offenem Schuppen verwahrt, wer sie senkrecht oder schräg an womöglich feuchte Wände stellt, wer sie ohne vorhergehende gründliche Nach-trocknung überfurniert, soll sich nicht wundern, wenn üble Erscheinungen sich einstellen. Sehr gefährlich ist es auch, wenn von der Sperrholzplatte nachträglich angezogene Feuchtigkeit durch Lack- und Politurschichten am Entweichen gehindert wird. An Platten amerikanischen Ursprungs sind Formveränderungen beobachtet worden, die in einem unzumutbaren Stärkenverhältnis der einzelnen Holz- und Furnierlagen begründet waren. Durchaus minder-

wertig sind die meist aus dem Ausland stammenden nahezu verleimten Platten, bei denen die Furniere in feuchtem Zustande, so wie sie von der Schälmaschine kommen, weiterverarbeitet werden.

In das Tätigkeitsgebiet der Forschungs- und Beratungsstelle für Sperrholz bot der Vortrag interessante Einblicke. Die dort vorgenommenen Ermittlungen der Festigkeitswerte sind für viele Verwendungsgebiete von großer Bedeutung, nicht minder die Feststellung, daß sich durch diagonale Zwischenschichten eine beträchtliche Steigerung der Zugfestigkeit herbeiführen läßt. Die zunehmende Verwendung der Sperrholzplatte zur Wand- und Deckenbekleidung in Neubauten ist Anlaß zu sehr sorgfältigen Ermittlungen gewesen, mit welchen Mitteln dem schädigenden Einfluß der Mauerfeuchtigkeit am besten begegnet werden kann. Es ergab sich daraus die Lehre, daß Täfelungen in ausreichendem Abstand von der Wand zu befestigen sind und daß durch Luftschlitze an den Sockel- und Deckleisten für eine ständige Luftzirkulation Sorge zu tragen ist. Des weiteren ist ein Schutzanstrich der Plattenrückseiten dringliches Erfordernis. Die nach dieser Richtung bewerkstelligten Versuche, bei denen u. a. Sperrholzplatten unter dichtem Abschluß monatelang mit einer Lage immer neu beseuchteten Sandes in Berührung waren, kann man allerdings schon als die reinsten „Pferdekuren“ bezeichnen. Es sind Imprägnierungen der Plattenrückseite mit Paraffin und Montanwachs, mit und ohne nachfolgenden Schutzanstrichen und letztere allein auf ihre Wirksamkeit geprüft worden, wobei als Ergebnis zu verzeichnen ist, daß Schutzanstriche mit Aluminium-Überzugsfarben, Bitumenfarben oder Alberto-Lacken unter normalen Verhältnissen ausreichend wirksam sind.

Noch nicht abgeschlossen sind Experimente, die akustischen Eigenschaften der Sperrholzplatte wissenschaftlich zu ergründen und festzulegen. Schon heute ist festgestellt, daß dünne Platten den Ton günstiger wiedergeben als starke und daß Sperrholzplatten im allgemeinen vorzüglich geeignet sind, eine gute Akustik der damit getäfelten Räume herbeizuführen. Den Problemen der Akustik steht man bekanntermaßen noch recht ratlos gegenüber, und große Enttäuschungen sind keine Seltenheit. Wenn die Versuche die günstigen Eigenschaften der Sperrholzplatte in bezug auf die Schallwirkung einwandfrei nachweisen, so ist ihre Verwendung im Theater, im Kino, in Konzert-, Vortrags- und Versammlungssälen wirksam gefördert, gewiß nicht zum Schaden der holzverarbeitenden Gewerbe.

E. A.

Fehler an Kreisjägewellen und ihre Behebung.

Bei der Beobachtung von Kreisjägewellen im Betriebe kann man sehr oft die Feststellung machen, daß sie nicht richtig arbeiten und mannigfache Fehler hervorrufen. Einige der hauptsächlichsten und leider immer wiederkehrenden Fehler sollen nachstehend geschildert werden, auch sollen Maßnahmen zu ihrer Vermeidung gegeben werden.

Fehler 1. Sägebahn liegt nicht senkrecht zur Sägewelle, das Sägeblatt klemmt sich beim Schnitt, es tritt ein großer Kraftbedarf auf sowie ein starker Holzverschleiß.

Diesen Fehler findet man nicht so selten, als man vermuten sollte. Bei Behebung geht man meistens nicht der Ursache des Fehlers auf den Grund und beseitigt diesen, sondern man sucht ihn durch entsprechendes Schränken der Zähne auszugleichen. Der hohe Holzverschleiß sowie der große Kraftverbrauch werden aber hierdurch keineswegs gemindert. Es muß unter allen Umständen das Blatt rechtwinklig auf die Welle gesetzt werden. Die Prüfung, ob die Sägewelle mit ihrer Aufnahmevorrichtung für das Sägeblatt auch rechtwinklig zur Lauffschiene des Sägemaschinengestelles verläuft, erfolgt in einfacher Weise dadurch, daß man zwischen die Sägeklemmplatten eine Holzleiste von mindestens 2 cm Stärke und 10 cm Breite klemmt und die Leiste in seine beiden fast waagerechten Stellungen bringt, so daß sie fast auf dem Tisch aufliegt. In diesen Stellungen muß die waagerechte Entfernung von der Führungsschiene und dem Brette in beiden Lagen gleich sein. Die Länge des Brettes bemißt man zweckmäßig etwa gleich der halben Tischlänge, so daß die Messung der Abstände von den Enden der Schiene aus erfolgt, da die Prüfung um so genauer ausfällt, je weiter die Meßpunkte von der Sägewelle entfernt sind. Je länger die Tische sind, desto mehr muß auf Vermeidung dieses Fehlers hingearbeitet werden. Bei Nichtübereinstimmen der beiden Abstände muß entweder die Sägewelle oder die Schienenbahn so lange gerichtet werden, bis Übereinstimmung vorhanden ist.

Fehler 2. Das Sägeblatt läuft nicht in einer Ebene, es bewegt sich während des Arbeitens hin und her, so daß es sogar an die

Tischkanten anschlägt. Auch hier ist die Folge ein Verlaufen des Sägeblattes im Holz und demzufolge ein hoher Arbeitsverbrauch für das Schneiden.

Die Ursache sind in der Regel abgenutzte Kugellager; der Fehler tritt besonders dann auf, wenn Kugelbrudklager nicht vorhanden sind, die Querbewegungen der Scheibe bei sorgfältiger Einstellung unbedingt vermeiden. Man muß dann die Welle nachträglich mit einem Druck- oder Schulterlager ausstatten, wobei sich meist auch Auswechslung der Kugellagererringe erforderlich macht.

Fehler 3. Zitternder Lauf der Kreisjägewelle. Dieser Fehler hat verschiedene Ursachen:

a) Eine Welle zittert, sobald sie nicht fest aufgeschraubt ist, Aufmontieren auf Holz ist stets fehlerhaft, da auf Holzblöcken niemals ein ruhiger Gang erzielt werden kann.

b) Das Sägeblatt sollte niemals durch einen Mitnehmer, sondern stets durch Klemmung mitgenommen werden. Der Mitnehmer, meist ein Stift, der in eine entsprechende Bohrung des Blattes eingreift, bildet bereits ein Hindernis für das ruhige Laufen der Welle, da diese hierdurch nicht voll ausgewuchtet ist. Wird das Blatt nur aufgeklemmt, dann muß die Mutter zum Festspannen bei Rechtslauf der Kreisäge Linksgewinde haben, damit sie sich während der Arbeit nicht lösen, höchstens sich fester spannen kann, das Blatt also nicht lose wird. Bei Linkslauf des Blattes hat die Mutter Rechtsgewinde. Bei dieser Ausführung fällt der Mitnehmerstift fort.

c) Zitternder Lauf tritt auch bei zu schwachen und zu kurzen Kreisjägewellen auf. Man soll deshalb die Wellen möglichst stark und lang wählen. Man richte sich zweckmäßig nach folgender Aufstellung, deren Beachtung dauernd gutlaufende Wellen verbürgt.

Kreisjägen-Durchmesser	400	600	800 mm
Wellenstärke mindestens	40	45	55 "
Entfernung: Sägeblattmitte bis Mitte eines Lagers	675	750	825 "
Durchmesser der Antriebscheibe	140	250	300 "
Umläufe in der Minute	3000	1660	1250

Bei fast allen Handelskreisjägewellen sind Durchmesser und Wellenlänge zu knapp, um sie für einen niedrigen Preis liefern zu können. Man soll auch da nicht sparen und nur Wellen, deren Abmessungen obiger Aufstellung nachkommen, wählen. Abnutzung in den Lagern macht sich bei kurzen Wellen viel rascher und unangenehmer fühlbar, selbst die geringste Abnutzung verursacht schon eine Schiefstellung des Sägeblattes zum Führungslineal. Die Antriebscheibe soll stets zwischen den Lagern sitzen, da die anders angeordneten die Schiefstellung des Blattes bei geringen Abnutzungen noch verstärken. Die Riemengeschwindigkeit wähle man vorteilhaft über 20 Mtr./Sek. Gute praktische Werte gibt obenstehende Tabelle.

Zur Auswechslung der Lager sind stets Ersatzlager auf Vorrat zu halten. Schlägen der Welle wurde öfters auch auf starke Verschmutzung der Antriebscheibe zurückgeführt. Es bildeten sich an ihrer Nahe oder Wand bzw. dem Innenkranz schmierige und gewichtige Ansätze, welche die Auswuchtung der umlaufenden Teile beeinflussten und einen unruhigen Gang herbeiführten. Es sind also zeitweise auch die Innenseiten der Riemenscheiben zu untersuchen und etwa anhängende Sägemehlklumpen zu entfernen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Schönlanke. Am Freitag, dem 28. November, hatten sich die Kollegen der Zahlstelle Schönlanke vollzählig versammelt, um den Bericht des Vorsitzenden, der als Delegierter am 13. Verbandstag teilgenommen hat, entgegenzunehmen. Nachdem der geschäftliche Teil erledigt war, erstattete Kollege Priebe den Bericht. Das Interesse der Versammlung konzentrierte sich auf folgende Ausführungen: Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden bzw. die 5-Tage-Woche, Jugendfragen und Umbau der Unterstüßungen. Durch den technischen Fortschritt der Betriebe ist es möglich, jede Menge von Gütern für den Bedarf in kürzerer Zeit herzustellen als früher. Die Forderung des 13. Verbandstages, eine Verkürzung der Arbeitszeit, entweder durch staatliche oder tarifliche Bestimmungen, ist berechtigt und notwendig. Zu diesem Punkt wurde besonders Stellung genommen; denn hier am Orte ist es so, daß die Betriebe in maschineller Hinsicht genau noch so aussehen, wie vor 25 Jahren, und daß die Mehrleistung nur auf der Arbeitskraft bei sehr stark herabgesetztem Lohn beruht. Daß dem Kapitel „Jugendfragen“ der Verbandstag in so eingehender Weise Aufmerksamkeit geschenkt hat, ist für die Zahlstelle von großem Interesse. Durch reiche Erfahrungen auf dem Gebiete der Jugend halten es die

Kollegen für unbedingt notwendig, weiterhin die größte Aufmerksamkeit der Jugendfrage zuzuwenden und durch geeignete Bildungsmaßnahmen dieselben in unserer Auffassung zu stärken. Dem Umbau der Verbandsunterstützungen stimmte die Versammlung nach einer lebhaften, aber sachlichen Aussprache zu. Die Haltung des Verbandstages wurde für richtig befunden. Den Lohnabbaubestrebungen der Arbeitgeber muß energischer Widerstand entgegengesetzt werden. Die Kollegen waren bereit, jetzt lieber Opfer zu bringen, um nachher bei Arbeitskämpfen eine starke Verbandskasse hinter sich zu haben. Die Kollegen waren ebenso mit den anderen Ergebnissen des Verbandstages einverstanden. Der Zeit und den Umständen des Verbands tragend kann gesagt werden, daß sich die Kollegen auch weiterhin bemühen werden die Ideen und Ziele unseres Verbandes und der Gesamtbewegung voranzutragen. Mit dem Dank der Versammlung an den Berichterstatter wurde dieselbe geschlossen. Dr.

Deutsch-Krone. In der ordentlichen Mitgliederversammlung am 29. November konnte der Vorsitzende Kollege Hilarun außer sämtlichen Mitgliedern der Zahlstelle auch den Gauleiter Kollegen Gruber und den Delegierten zum 13. Verbandstag Kollegen Priebe begrüßen. Nach der Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten nahm der Delegierte zum Verbandstage das Wort. Das Interesse an den Einrichtungen des Verbandes begleitete den Berichterstatter während seiner Ausführungen. Der Delegierte gab den Bericht über Stand und Entwicklung des Verbandes und teilte den Standpunkt des Verbandstages zu den einzelnen Fragen mit. Die Stellungnahme zur 40stündigen oder 5-Tage-Woche auf gesetzlicher oder tariflicher Grundlage wurde in der Aussprache von den Kollegen als notwendig anerkannt. In der Jugendfrage wurden die aufgestellten Richtlinien innerhalb des Verbandes für gut befunden, und es wurde die Anregung, auch in Deutsch-Krone eine Jugendgruppe zu gründen, begrüßt. Dem Umbau der Unterstützungen wurde nach kritischer aber sachlicher Aussprache im Interesse des Verbandes zugestimmt, um durch eine starke Verbandskasse den Bestrebungen der Arbeitgeber, den Lohn zu kürzen, Widerstand entgegen setzen zu können. Die Arbeit des 13. Verbandstages wurde im Interesse des Ganzen von den Kollegen gewürdigt.

In einem Referat über Lohn und Preisfragen gab der Kollege Gruber einen Überblick über die Lohnsenkungspolitik der Arbeitgeber. Soll die Wirtschaftskrise überwunden werden, dann nur durch Stärkung der Kaufkraft der Arbeiter. Hauptbedingung ist hierbei, daß eine gesunde Preissenkung dem Lohnabbau vorangehe. Es ist auch unbedingt notwendig, daß die Gehälter der Direktoren, deren Höhe noch aus der Inflationszeit übernommen ist, radikal gekürzt werden müßten. Mit Befriedigung wurden auch diese Ausführungen aufgenommen. Mit dem Appell an die Mitglieder, für den Verband tätig zu sein und in der Werbeaktion nicht zu ermüden, schloß der Vorsitzende nach einem Hoch auf den Verband die so anregend verlaufene Versammlung.

Schneidemühl. Vor 10 Jahren schloß der deutsche Holzarbeiterverband mit den Arbeitgebern ein Abkommen, wonach christlich-organisierte Arbeiter nicht in den Betrieben beschäftigt werden sollten. Die Zeit hat sich gewandelt. Wenn auch nur eine kleine Zahlstelle unseres Verbandes, so ist doch der Anfang da. Der Zentralvorstand hat dieses Vorwärtsträngen der meisten jugendlichen Mitglieder unter dem rührigen Vorsitzenden, Kollegen Püppke, durch Überreichung eines Wimpels belohnt. Der Festakt der Wimpelweihe fand am Sonntag, den 30. November, bei zahlreicher Beteiligung von Ehrengästen, Kollegen des Verbandes auch aus Schönlanke und Mitgliedern der Bruderverbände mit Angehörigen im „Städtischen Jugendheim“ statt. Nach Begrüßung durch den Vorsitzenden nahm mit der Mahnung, stets die Gefinnung reinzuhalten wie es der Wimpel sei der Gauleiter, Kollege Gruber, die Weihe vor. Glückwünsche

brachten dar der Bezirksjugendpfleger von der Regierung in Schneidemühl, und die Vorsitzenden der einzelnen Bruderverbände. Mit einem dreifachen Hoch auf die christlich-nationale Arbeiter-Bewegung und dem Gesang des Liedes „Deutschland“ war der erste Teil der Feier beendet.

Hieran schloß sich eine Adventsfeier der „Evangelischen Jugendvereinerung“, der „Adler und Falken“. Mit voller Hingabe widmeten sich die Mitglieder der Vereinigung ihrer Aufgaben. Es kann nur der Wunsch zum Ausdruck gebracht werden, wo es geht, solche Feiern zu veranstalten. Die Jugend wird davon nur gewinnen. Daß diese Veranstaltung über den Rahmen hinaus in der Öffentlichkeit Anklang gefunden hat, belegen ohne Kritik die Zeitungen. Dieses möge allen Kollegen, die nicht Mühe und Arbeit scheuten und am Feste mitwirkten, der beste Lohn sein. Dr.

Literarisches.

Wald und Holz. Ein Nachschlagebuch für die Praxis der Forstwirte, Holzhändler und Holzindustriellen. Herausgegeben von Dr. Dr. Ing. e. h. Wappes, Ministerialdirektor a. D., erster Vorsitzender des Deutschen Forstvereins.

Subskriptionsangebot (erlischt nach Erscheinen der letzten Lieferung). Das Werk umfaßt etwa 80 Druckbogen (1280 Seiten), die in 16 monatlich erscheinenden Lieferungen zu je 5 Druckbogen in der Zeit von April 1930 bis etwa Juli 1931 erscheinen. Preis jeder Lieferung 3,30 RM zuzüglich Porto (innerhalb Deutschlands —,15 RM). Bisher erschien die 5. Lieferung.

„Wald und Holz“! Zwei Begriffe, die ungetrennt verbunden sind und doch in der Praxis des Lebens bisher eigentlich recht wenig Fühlung miteinander hatten; die Forstwirtschaft erzeugte Holz, aber sie kümmerte sich wenig um dessen Verwendung, und die Industrie verarbeitete Holz, aber wußte wenig von seiner Erzeugung.

Das Wissen um Forstwirtschaft, Holzhandel und Holzindustrie will mit dem neuen Unternehmen der 1. Vorsitzende des Deutschen Forstvereins, Dr. Wappes, in ein Werk zusammenführen; das konnte naturgemäß nur auf dem praktischen Gebiete des täglichen Lebens in Betrieb und Büro erfolgen. Dieses neue Werk soll vor allem ein Nachschlagebuch sein, viel Angaben und Zahlen bringen. Der Praktiker braucht heutzutage in der Berufsarbeit so viel Kenntnis, oft in den entferntesten Gebieten, daß er unmöglich alles in den Kopf bringen, geschweige denn dauernd behalten kann. Da kann nur eines helfen, ein Buch, das alles enthält oder doch den Weg zum Finden zeigt. Darüber hinaus gibt das Werk aber auch systematische Einführungen in Wissensgebiete, für die dem Praktiker Fachwerke in der Regel nicht zur Verfügung stehen.

So ist das Werk ein Rüstzeug für jeden Forstbetriebs- und -verwaltungsbeamten, Waldbesitzer, Holzhändler und Holzindustriellen und deren leitende Beamte, sich in ihrem Berufe einen Höchststand von Wissen und Können zur Verfügung zu halten, der sie zu hoher Leistungsfähigkeit, beruflichem Aufstieg und Förderung des Bestandes befähigt. „Wald und Holz“ ist ein Sammelwerk, das im Augenblicke eine Bibliothek zu ersetzen vermag. Die Übernahme der Herausgeberschaft durch den Vorsitzenden des Deutschen Forstvereins bietet in jeder Beziehung volle Gewähr dafür, daß das Werk systematisch durchdacht und auf den Gebrauch der Praktiker abgestellt ist.

Anzeigenpreis für die vierspaltige, 30 Zeilen lange, 30 Zeilen lange und angebotene sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Benloer Wall 9. Telefonruf West 515 46. — Redaktionschluß ist Samstag-Mittag.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mt. 1,— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Geldsendungen nur Postcheckkonto 7718 Köln.

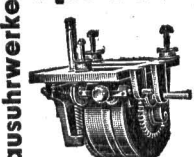
Sportschlitten-Kufen

Esche, geboren, prima Ware
100 120 140 160 cm Holzlänge
1,50 1,80 2,10 2,50 RM pro Paar.
Schneeschuhe, Preise auf Anfrage.
Es handelt sich um ausgesuchte astfreie Ware. Nicht Gefallendes nehme ich zurück

Max Walther

Dresden-N. 22, Rehefelder-Str. 53

Sprechmaschinen-Laufwerke



z. Selbst- la. Doppelschneckenfederwerk einbauen (2 Stück 30-cm-Platten spielend) nebst allem Zubehör, wie Muttern, Gummiantlagen, Bremse, Regulator, Kurbel mit Rosette, 25-cm-Plattenteiler mit Tuchbezug, Nickelklappbügelarm, la. Aluminium Mark 26.—

Versand per Nachnahme. Tonführungen aus Holz und Metall. Katalog gratis und franko von

Robert Husberg, Neuenrade i.W. No. 9

in allen Preislagen Hobel

Hobelbänke

la. Referenzen Ia Qualität, süddeutsche Ausführung. Blatt u. Gestell ged. trock. Buchenholz. 200 cm Blattlänge, mit Stahlspindeln, zum Reklamepreis von 90 RM, mit Verpackung frei jeder Station. Abbildungen gratis. Werkzeugprospekte gegen 20 Rpf in Briefmarken erhältlich

Max Walther

Dresden-N. 22, Rehefelder-Str. 53